

170/1999

Kiel, 16. Dezember 1999

### **Landtag beschließt parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad – Arens: Eine neue Etappe in der Ostseekooperation**

Kiel (SHL) – Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig dem Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zugestimmt. Da die Kaliningrader Gebietsduma diesem Memorandum bereits am 9. Dezember zugestimmt hat, ist nun der Weg frei für eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Oblast Kaliningrad.

Bereits seit 1992 gibt es eine Städtepartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Kaliningrad, im Februar dieses Jahres hat die Landesregierung mit der Gebietsverwaltung von Kaliningrad ein Abkommen abgeschlossen. Das Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag vervollständigt die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und dem Gebiet Kaliningrad.

Wie Landtagspräsident Heinz-Werner Arens betonte, soll mit dem geplanten Abkommen vor allem auf die Konsolidierung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit abgestellt werden.

„Wenn man sieht, unter welchen, zum Teil schwierigen Bedingungen die Abgeordneten in Kaliningrad bemüht sind, im Rahmen der ihnen eingee-

Herausgegeben von  
der Pressestelle  
des Schleswig-  
Holsteinischen  
Landtages  
in 24105 Kiel,  
Landeshaus;  
24171 Kiel,  
Postfach 7121;  
Tel. (0431) 988  
Durchwahl App.  
1120 bis 1125  
und 1116 bis 1118  
Fax (0431) 988 1119  
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler  
Internet: <http://www.sh-landtag.de>  
e Mail: [Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de](mailto:Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de)

räumten Möglichkeiten den sozio-politischen Übergangsprozess mit zu gestalten, wird man verstehen, dass ein solches Abkommen, wie wir es planen, eine politische Signalfunktion hat, die nicht zu unterschätzen ist.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen beabsichtigt:

- das Netzwerk der interparlamentarischen Beziehungen insbesondere im Rahmen der durch die Ostseeparlamentarierkonferenz, BSPC (= Baltic Sea Parliamentary Conference), verankerten Strukturen zu festigen
- enge Beziehungen zwischen Politikern und der Verwaltung beider Parlamente durch Austausch- und Studienprogramme von parlamentarischen Delegationen sowie von Verwaltungsfachleuten auf der Mitarbeiter- und der Leitungsebene aufzubauen
- parlamentarische Strukturen zu modernisieren und zu stärken
- einen Wissenstransfer durch gemeinsame Aus- und Fortbildung und durch moderne Informations- und Kommunikationssysteme vorzugsweise in den Bereichen Rechtsetzung, Menschen- und Minderheitenrechte und demokratische Teilhabe sicherzustellen
- die Gründung und Zusammenarbeit von parlamentarischen Gesellschaften zu unterstützen
- die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu intensivieren und dabei deren Erfahrung und Wissen für den gesellschaftspolitischen Übergangsprozess nutzbar zu machen
- die Entwicklung einer Zivilgesellschaft